

Bürgerinitiative für sozial gerechte  
Abwasserabgaben im ZAW e. V.  
Leninstraße 11 (Tel. 03443/82 240)  
Mail: h.penndorf@t-online.de

06667 Weißenfels, der 19. 11. 2012

Amt für Kommunalaufsicht  
Frau Cornelia Hoffmann  
Schönburger Str. 41

Nachrichtlich:  
- Ministerium für Inneres und Sport, Sachsen-Anhalt  
als Oberste Kommunalaufsichtsbehörde  
- Landesverwaltungsamt  
als Obere Kommunalaufsichtsbehörde

06618 Naumburg

Offener Brief

Zweckverband für Abwasserentsorgung Weißenfels, Umwandlung des ZAW  
Weißenfels in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)

Sehr geehrte Frau Hoffmann,

Sie werden sicher durch die Presse oder das Fernsehen über die Vorgänge in  
Weißenfels rund um das Thema Abwasser informiert sein. Woche für Woche  
treffen sich rund 400 – 600 Teilnehmer zur Montagsdemo, um für sozial gerechte  
Abwasserabgaben zu demonstrieren. Die Bürgerinitiative selbst ist auf eine  
Mitgliederzahl von ungefähr 3000 Bürgern angewachsen.

In Weißenfels steht aktuell das Thema Umwandlung des ZAW in die neue  
Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) an. Schon die Erarbeitung und  
Verabschiedung der Satzung war ein Lehrbeispiel dafür, wie Demokratie gerade  
nicht funktionieren kann. Nachdem deutlich wurde, dass es der Wille des  
Oberbürgermeisters und einer Reihe von Wortführern im Stadtrat ist, die  
Öffentlichkeit aus der Arbeit des neuen Verwaltungsrates der AöR herauszuhalten,  
wuchs entsprechend der Widerstand in der Bevölkerung gegen diese Absichten.  
Denn es gehört zum allgemeinen Erfahrungsschatz, **dass dort wo etwas verborgen  
werden soll, es auch etwas zu verbergen gibt.**

Letztlich auf Druck der „Straße“ wurde in der Stadtratssitzung vom 15. 11. 2012  
eine Satzungskorrektur zur Herstellung von Öffentlichkeit auch bei Sitzungen des  
Verwaltungsrates vorgenommen.

Dies sind aber nicht die einzigen Forderungen der Bürgerinitiative.

Es ist zu befürchten, dass dem neu zu schaffenden Verwaltungsrat, bestehend aus 7  
Mitgliedern, Vorsitzenden und Beschäftigtenvertreter, wieder die bisherigen ZAW  
Mitglieder angehören. Damit würden genau die Leute in Funktion kommen, deren  
bisherige Arbeit dem Verband, der Stadt Weißenfels und ihren Bürgern soviel  
Schaden zugefügt hat.

Die BI für soz. gerechte Abwasserabgaben fordert daher:

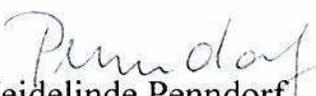
- Neuanfang mit neuen Personen im Verwaltungsrat und als Vorsitz
- Beistellung eines oder mehrerer fachlich versierter Berater, da davon auszugehen ist, dass ein neu zu bestellender Verwaltungsrat sich erst in die Materie einarbeiten muss. (z. Bsp. Entsendung von Vorstandsmitgliedern benachbarter Verbände)
- Gewährleistung, dass die angekündigte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Herstellungskostenbeiträgen der besonderen Situation in WSF gerecht wird, dass heißt 70% iger Anteil der LM Industrie
- nach Ende des Betriebsführervertrages mit Stadtwerken WSF ist größter Augenmerk auf die fachliche Qualifikation des neuen technischen und kaufmännischen Betriebspersonals zu legen
- Missstände, wie fehlendes Indirekteinleiterkataster oder die nicht vollständige Erfassung von Daten der Industrieeinleiter sind zügig zu beseitigen
- Aufarbeitung von möglichen Fehlverhalten im bisherigen ZAW bezüglich Vorteilsgewährung für LM Industrie, lange Zeit fehlender Starkverschmutzergebühr und fragwürdiger privatrechtlicher Entgeltverträge

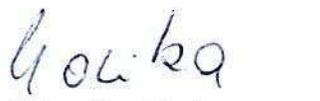
Darüber hinaus gibt es in weiten Kreisen der Bevölkerung ein sehr großes Misstrauen gegen eine eventuell geplante Privatisierung der Abwasserbehandlung in Weißenfels Die neue AöR Satzung nährt diese Vorbehalte. Gibt es doch gemäß § 6, Abs. 1 keine Beschränkungen für die Übertragung von Rechten an einen Dritten. Die BI fordert daher:

- folgenreiche Entscheidungen dürfen nur mit 2/3 Mehrheit des Stadtrates getroffen werden
- Weißenfels hat grundsätzlich 51% und damit die Mehrheit an einen neuen dritten Unternehmen zu halten, unbeachtlich der hoheitlichen Aufgaben, die per Gesetz generell bei WSF verbleiben

Leider war es der BI nicht möglich diese zusätzlichen Forderungen im Vorfeld oder während der letzten Stadtratssitzung durchzusetzen. Die Bürger von Weißenfels sind daher auf Behördenunterstützung angewiesen. Wir bitten Sie als zuständiges Prüfungsamt für die Umwandlung in eine AöR im Interesse der Bürger von Weißenfels diese offenen Fragen aufzugreifen und möglichst eine Nachbesserung vor der amtlichen Satzungsbestätigung anzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Heidelinde Penndorf

  
Monika Zwirnmann



Als Vorstand, im Auftrag der Bürgerinitiative für soz. gerechte Abwasserabgaben

Anlage: Unterschriftenlisten von Anwesenden der Montagsdemo vom 19. 11. 2012